FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

RESOLUTION Lebendige Zentren

Lebendige Innenstädte und Ortskerne erhalten und fördern

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir lebendige Ortskerne in unseren Städten und Dörfern erhalten und fördern. Unsere politischen Wurzeln liegen in den Kommunen. Deshalb sind wir überzeugt: Gesellschaftliches Leben findet nicht vorrangig in Chats und Sozialen Medien statt. Auf den persönlichen Austausch kommt es an. Dafür braucht es Orte der Begegnung. Schon in der Wiege der Demokratie im antiken Griechenland war die Agora eine solche Stätte. Die heutigen Zentren leisten noch viel mehr: Vom Wohnen über gastronomische und kulturelle Angebote, Einzelhandel und Märkte, Erholung, Handwerk, Bildung und Gesundheitsversorgung bis hin zur öffentlichen Verwaltung dienen die Ortszentren vielfältigen Zwecken. Hier begegnen sich Menschen aller gesellschaftlichen Milieus, kommen in Kontakt und lernen sich kennen. Aus dem Einblick in andere Lebenswelten erwächst gegenseitiges Verständnis – und das ist für eine demokratische Gesellschaft von größter Bedeutung. Deshalb wollen wir die Innenstädte und Ortszentren als gesellschaftliche Schmelztiegel bewahren und noch weiter stärken.

Allerdings stehen die Zentren unter Druck. Der Onlinehandel floriert, während der inhabergeführte Einzelhandel vor Ort in einer Belastungsprobe steckt. Die abgeschwächte Wirtschaftslage trübt die Kauflaune. Überdies macht der Fachkräftemangel dem Einzelhandel zu schaffen. Die Anziehungskraft des Handels als „Frequenzbringer“ für die Zentren nimmt daher ab. Geschäftsaufgaben und demografischer Wandel führen zu Leerständen. Städte und Gemeinden haben es zudem wegen der angespannten Finanzlage schwer, die notwendigen Ressourcen für die Bewältigung dieser Situation aufzubringen.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir deshalb dem Ladenschluss in Bayern ein Update gegeben, denn das längst überholte Bundesgesetz hat ausgedient. Das schafft neue Möglichkeiten für attraktive Ortszentren. Der Einkauf beim Nahversorger ist zugleich sozialer Treffpunkt. Deshalb stärken wir die Nahversorgung insbesondere im ländlichen Raum mit rechtssicheren Öffnungsmöglichkeiten für digitale Kleinstsupermärkte. Einkaufsnächte sind jetzt an acht Werktagen pro Jahr unbürokratisch möglich. Ein besonderer Anlass – etwa eine Kulturveranstaltung – ist nicht mehr erforderlich. Die Kommunen selbst können rechtssicher über die verlängerten Öffnungszeiten entscheiden. An weiteren vier Werktagen pro Jahr können Einzelhändler selbst ihre Öffnungszeiten in den Abendstunden erweitern. Auch für Tourismusorte schaffen wir Erleichterungen. Die Entscheidung über den Tourismusverkauf legen wir in die Hände der Gemeinden und erweitern das für den Sonntagsverkauf zugelassene Warensortiment.

Damit die neuen Freiheiten des Ladenschlussrechts gelebt werden, braucht es Engagement vor Ort. **Für uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist gutes Stadt- und Citymarketing der Katalysator für lebendige Innenstädte.** Deshalb fördert Bayern gezielt den Aufbau von Kapazitäten im City- und Stadtmarketing sowie Projekte, die Leerstand in den Innenstädten verringern. Besonders herausragende Maßnahmen werden mit dem bayerischen Stadtmarketingpreis ausgezeichnet.

Auch der Bund muss seinen Beitrag zur Unterstützung des Einzelhandels leisten. **Mit Blick auf die gestiegenen Energiekosten fordern wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion eine rasche Senkung der Stromsteuer für den Einzelhandel und alle anderen Stromverbraucher.** Von zentraler Bedeutung für Handel und Gastronomie ist außerdem eine zügige und konsequente Umsetzung der im schwarz-roten Koalitionsvertrag vereinbarten Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts. Anstatt der bisherigen täglichen Höchstarbeitszeit ist eine wöchentliche Obergrenze festzulegen.

Der Schutz des stationären Einzelhandels vor unlauterem Wettbewerb durch Online-Marktplätze muss besser werden. Dass die EU-Kommission nun gegen den Verkauf von fragwürdigen, teils nicht zugelassenen und unsicheren Produkten auf der Plattform Temu vorgeht, begrüßen wir. **Als FREIE WÄHLER Fraktion mahnen wir bei der Abschaffung der Zollfreigrenze von 150 Euro sowie der Einführung einer Zoll-Bearbeitungsgebühr zur Eile.** Mit jedem Tag, den einheimische Händler der unfairen Konkurrenz aus Asien ausgesetzt sind, wird der Erhalt attraktiver Ladengeschäfte in unseren Zentren schwieriger.

Ohne Restaurants, Dorfwirtschaften, Bars und Cafés wären unsere Städte und Dörfer weniger lebenswert. Allerdings leidet die Gastronomie unter massiv gestiegenen Kosten. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir deshalb die Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent für die Gastronomie.** Es ist begrüßenswert, dass der Bund eine Steuersenkung ab 2026 plant. Entscheidend ist, dass der Ankündigung jetzt auch Taten folgen – ein weiteres Stromsteuer-Schlamassel darf es bei der Gastro-Mehrwertsteuer nicht geben. Zudem muss der ermäßigte Steuersatz auch für Getränke zur Anwendung kommen.

Um die Gastronomie, das Ernährungshandwerk und auch den Einzelhandel in den Ortszentren vor Mehrbelastungen zu schützen, erteilen wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion einer neuen Steuer auf „To Go“-Einwegverpackungen eine Absage. Eine solche Abgabe würde erheblichen bürokratischen Aufwand bedeuten. Das gilt insbesondere für Betriebe mit mehreren Filialen, die in jeder Standortgemeinde eine andere Abgabensatzung beachten müssten. Ohnehin zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass eine Verpackungssteuer keinen messbaren Beitrag zur Müllvermeidung im öffentlichen Raum leistet.

Die nachlassende Anziehungskraft des Einzelhandels macht einen Umbau der Ortskerne erforderlich. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion lassen wir die Städte und Gemeinden mit dieser Aufgabe nicht alleine.** Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten Städtebauförderung und Dorferneuerung. Wir bekennen uns klar zu diesen Fördermaßnahmen. Dass der Bund die Städtebauförderungsmittel bis 2029 verdoppeln will, ist zu begrüßen. Auch die ländliche Entwicklung muss in gleicher Weise unterstützt werden.

Was das innerörtliche Wohnen angeht, hat der Bund endlich Erleichterungen für die Nachverdichtung auf den Weg gebracht. Bisher scheiterten Wohnungsbauprojekte oftmals in der Planungsphase an zu viel Umgebungslärm, obwohl passive Lärmschutzmaßnahmen am Gebäude die Lärmbelastung ausreichend verringern könnten. Der Berliner „Bau-Turbo“ bietet hierfür einen Lösungsansatz. Dabei muss allerdings der Bund sicherstellen, dass Gewerbebetriebe nicht durch näher rückende Wohnbebauung beeinträchtigt werden. **Besonders wichtig ist uns als FREIE WÄHLER-Fraktion der Schutz von landesüblichen Geräuschen, Gerüchen und Bräuchen – unserem Sinneserbe.** Das bedeutet: Wer inmitten eines Dorfes mit eigenem Bäcker oder Metzger wohnt, muss die mit dem Betrieb verbundenen regionalspezifischen Umweltauswirkungen wie dem Duft nach frischem Brot hinnehmen.

Als FREIE WÄHLER Fraktion haben wir für Bayern bereits mit dem Ersten Modernisierungsgesetz neue Möglichkeiten für das Wohnen in zentralen Lagen geschaffen – etwa durch Dachgeschossausbauten, Aufstockungen oder Umnutzungen. Beim Abbau überbordender Bürokratie sind wir aber noch nicht am Ziel. Grundsätzlich muss das Baurecht auf Bundes- und Landesebene weiter fit gemacht werden, sodass Kommunen ein unkompliziertes Management innerörtlicher Leerstände ermöglicht wird. Nutzungsänderungen dürfen nicht regelmäßig zum Erlöschen des Bestands-

schutzes führen, was für Bauherren kostspielige Maßnahmen für Brandschutz oder Barrierefreiheit nach sich zieht. Die Schaffung einer „Umbauordnung“ sehen wir als zielführend an.